

Zurück zu Khomeini? Ahmadinejads antiisraelische Rhetorik zwischen Politik und Propaganda

Henner Fürtig

Irans Präsident Mahmud Ahmadinejad hat Europa anlässlich des diesjährigen „Jerusalemtages“ am 20.10. aufgefordert, seine Unterstützung für Israel einzustellen. Israel könne nicht dauerhaft bestehen und habe keinen Nutzen für die Europäer.

Analyse:

Nachdem – der damals erst vier Monate amtierende – Präsident Ahmadinejad den gleichen Anlass schon im Vorjahr genutzt hatte, um den Westen vor der Zusammenarbeit mit Israel zu warnen, ja das Existenzrecht Israels generell in Frage zu stellen, erhärtet sich der Verdacht, hinter der Polemik stecke mehr als Propagandaroutine, sondern eher die Kontur einer politischen Strategie.

- Revolutionsführer Khomeini hatte den Antizionismus zum konstitutiven Element der von ihm gegründeten Islamischen Republik Iran gemacht. Während seine unmittelbaren politischen Erben dieser Hinterlassenschaft eher rituell huldigten, nutzt Präsident Ahmadinejad sie im Rahmen seiner Revitalisierungskampagne der Revolution für die aktive Politikgestaltung.
- Die Ergebnisse der Politik seiner Amtsvorgänger resümierend, kam Ahmadinejad zu dem Schluss, dass die Strategie des Auseinanderdividierens des Westens nicht aufgegangen sei, während Irans Stellung in der islamischen Welt gleichzeitig gelitten habe. Hier setzte sein „Rundumschlag“ gegen Israel und den Zionismus an. Während die antisemitische Polemik die Gräben zum Westen vertieft und eine Fortsetzung der Politik seiner Amtsvorgänger unmöglich macht, soll die Zustimmung in bestimmten Teilen der islamischen Welt zunehmen. Der Pariastatus bleibt so nicht länger Strafe, sondern wird instrumentalisiert!
- Ahmadinejads antiisraelische Tiraden dienen somit primär der Realisierung des außenpolitischen Hauptziels: Führerschaft der und Meinungshoheit über die politisch aktiven Muslime der Welt. Teheran strebt an, die durch den Sturz Saddam Husseins und den Krieg in Irak vakant gewordene Position des nahöstlichen Widerstandszentrums gegen „amerikanische und zionistische Willkür“ einzunehmen und in diesem Sinn das Palästina-Problem aus seinem vornehmlich arabischen Kontext herauszulösen.

Key words: Iran, Israel, Antizionismus, Beziehungen zum Westen, islamische Führungsrolle

1. Einleitung

Am 26.10.2005 hatte der neue iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad auf einer Konferenz anlässlich des von Revolutionsführer Ayatollah Khomeini eingeführten „Jerusalemtages“ (vierter Freitag des Fastenmonats Ramadan) vor 4.000 Angehörigen der Basij-(Freiwilligen-)Miliz (in dieser Einheit hatte Ahmadinejad 1980 seine militärische Laufbahn begonnen) erklärt: „[...] die Gründung des zionistischen Regimes war eine Tat des Weltunterdrückers gegen die islamische Welt. Jeder, der einen Vertrag mit dem zionistischen Gebilde abschließt, muss wissen, dass er die Kapitulation der islamischen Welt unterzeichnet [...]. Wie der Imam gesagt hat: Israel muss von der Landkarte verschwinden.“¹ Im internationalen Proteststurm wegen dieser Äußerung ging unter, dass sich Ahmadinejad quasi hinter Khomeini „versteckt“ hatte und eigentlich nur Kontinuität signalisierte. Dass dahinter auch ein persönliches Bekenntnis steckte, bewies der iranische Präsident allerdings bei zahlreichen späteren Gelegenheiten, als er ähnliche Gedanken, allen internen Vorhaltungen und externen Protesten zum Trotz, wiederholte. So verglich er Israel im April 2006 mit einem „verfaulten, vertrockneten Baum, den der erste Sturm hinwegfegen werde“.² Diesen Sturm habe Israel mit seinem Überfall auf Libanon im Juli 2006 selbst entfacht, als es den „Startknopf für seine eigene Zerstörung drückte“.³

Im Oktober 2006 nutzte er die Wiederauflage des „Jerusalemtages“, um in diesem Kontext den Europäern die Leviten zu lesen. „Welchen Nutzen außer dem Hass der Nationen habt ihr davon, dieses Regime zu unterstützen?“⁴ fragte er polemisch. Anders als die USA seien die Europäer Nachbarn des Nahen Ostens und würden die Folgen eines Aufruhrs in der Region zu spüren bekommen. „Die Nationen sind wie ein anschwellender Ozean“, warnte Ahmadinejad, „wenn ein Sturm losbricht, werden seine Dimensionen nicht auf Palästina begrenzt bleiben, und ihr könntet in Mitleidenschaft gezogen werden.“⁵ Allerdings fußte auch die Europakritik auf einer im Vorjahr begründeten Tradition. So hatte er am 6.12.2005 die Zusammenkunft der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) in Mekka genutzt, um die Europäer zu fragen, „ob die Ermor-

dung unschuldiger jüdischer Menschen durch Hitler der Grund für ihre Unterstützung der Besetzer von Jerusalem sein kann [...] wenn die Europäer ehrlich sind, sollten sie Teile ihres Territoriums, z.B. in Deutschland, Österreich oder anderen Ländern, an die Zionisten abgeben und diese könnten ihren Staat dann dort errichten [...]. Wie kann es sein, dass die Palästinenser den Preis für die Ungerechtigkeit bezahlen müssen, die den Juden im 2. Weltkrieg in Europa widerfahren ist. Geben Sie den Zionisten einen Teil Europas, wir werden das unterstützen und keinerlei Widerspruch mehr gegen das zionistische Regime erheben“.⁶ Der Vorschlag schien ernst gemeint und gewann zusätzliche Brisanz aus dem Umstand, dass Ahmadinejad ihm die Frage vorausgeschickt hatte, ob die von „Zionisten und Europäern“ behauptete Verfolgung der Juden in diesem Umfang überhaupt stattgefunden habe.

Damit stellte er sich – in prominenter Position – in die Riege der Holocaust-Leugner. Ließen schon zahlreiche Passagen aus seinem Auftritt in Mekka kaum Zweifel an dieser Tatsache zu, bestätigte sie Ahmadinejad spätestens am 14.12.2005 in einer Rede vor Militärs in Zahedan, der Provinzhauptstadt Balutschistans. Hier nannte er die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis eine „Erfindung“ und konkretisierte: „[...] sie haben einen Mythos über den Holocaust geschaffen und stellen ihn über den Glauben an die Religion und die Propheten [...]. Wenn ein Mensch seinen Unglauben an Gott, die Religion und die Propheten bekundet, lassen sie ihn gewähren, aber sie werden jeden verfolgen, der die Wahrheit des Holocaust bezweifelt.“⁷ Wenig später nahm Ahmadinejad den „Karikaturenstreit“ zum Anlass, um erneut polemisch zu fragen, warum die „wissenschaftliche Infragestellung“ des „Holocaust-Mythos“ unmöglich sein solle: „Die Europäer sind von den Zionisten abhängig und werden von ihnen als Geiseln gehalten.“⁸ Der Präsident hofierte zahlreiche prominente Holocaust-Leugner, lud zu einer entsprechenden internationalen Konferenz im Dezember 2006 nach Teheran ein, die Hauptstadtzeitung „Hamshahri“ lobte einen Karikaturenwettstreit zum Thema Holocaust aus.

Es ist also die Verbindung aus traditioneller Verweigerung des Existenzrechts Israels durch die Islamische Republik Iran (IRI) mit „kühnen“ Plänen zum Export des Nahostkonflikts und vor allem der

¹ Middle East Economic Digest (MEED), Nicosia, 48 (2005) 44, S. 26.

² The Scotsman, Edinburgh, 15.4.2006.

³ Jerusalem Post, Jerusalem, 23.7.2006.

⁴ AFP, 20.10.2006.

⁵ Der Tagesspiegel, Berlin, 20.10.2006.

⁶ Kayhan, Teheran, 10.12.2005

⁷ Ebenda, 15.12.2005.

⁸ Islamic Republic of Iran Broadcasting (IRIB), 14.2.2006.

Leugnung des Holocaust, die die Präsidentschaft Ahmadinejads in dieser Hinsicht so beispiellos macht.

2. Khomeinis Auftrag

Schon in seinen frühesten politischen Schriften (*Kashf-e Asrar – Enthüllung der Geheimnisse*, 1941) stand für den späteren Führer der islamischen Revolution in Iran, Ayatollah Ruhollah Khomeini, der Westen als Hauptgefahr und größte Herausforderung für den Islam fest. Da seine eigenen Erfahrungen mit dem Westen aber im Wesentlichen auf den Wirkungen der US-Politik in Iran beruhten, wurden die USA und der Westen faktisch gleichgesetzt, die USA als „Großer Satan“ für nahezu alle Übel dieser Welt verantwortlich gemacht: „Alle Probleme des Orients sind auf den Westen und auf Amerika zurückzuführen. Alle unsere Probleme kommen von Amerika. Alle Probleme der Moslems kommen von Amerika.“⁹ Immer wieder betonte Khomeini, dass die USA der Hauptfeind Irans und aller Muslime seien: „Wir, sie, alle Menschen, betrachten Amerika als ihren größten Feind.“¹⁰ Die hier vorgenommene Betonung der Hauptfeindschaft ist deshalb bedeutungsvoll, weil nicht nur Khomeini, sondern sowohl seine Mitkämpfer als auch seine Nachfolger in der IRI die Prioritätensetzung grundsätzlich beibehielten. Nahezu alle außenpolitischen Aktionen Irans finden seit der Revolution auf der Folie der „Todfeindschaft“ zu den USA statt, sind de facto immer mit einem Subtext versehen, der sich auf die USA bezieht.

Israel wurde zwar von den 1960er Jahren an von Khomeini zunehmend als Feind der Muslime und Irans benannt, wuchs in diese Rolle aber primär durch den Umstand, dass es als wichtigster und konsequentester Verbündeter der USA in Iran und der gesamten Region wahrgenommen wurde. Allerdings zog es Khomeini weiterhin vor, den „Zionismus“ zu kritisieren und Israel nicht beim Namen zu nennen. Von nun an tauchten die USA und der „internationale Zionismus“, seltener Israel, bei ihm häufig in einem Atemzug auf, trotzdem aber unter Beibehaltung einer subtilen Rangfolge: „Unser

Hauptgegner, Amerika, dieser sich selbst außerhalb des Rechts stellende Terrorist, ist ein Land, das die ganze Welt in Flammen setzt, und sein Alliiertes ist der internationale Zionismus, der, um seine Ziele zu erreichen, Verbrechen begeht, die sich Federn sträuben aufzuschreiben und Zungen zu beschreiben.“¹¹ Trotzdem, auch Israel wurde genannt: „Das am wenigsten zu tolerierende Symbol der westlichen Tyrannei gegen die Muslime ist der Staat Israel. [...] Alle Muslime sollten sich gegen diese westliche Schöpfung vereinigen. [...] Wenn sich siebenhundert Millionen Muslime einig gewesen wären, wären die Juden nicht in der Lage gewesen, ihren Staat in Palästina zu errichten.“¹² Zudem habe der westliche Imperialismus Israel eigens geschaffen, „um die Muslime zu unterdrücken und auszubeuten. [...] Großbritannien und die USA bestärken Israel in seiner fortwährenden Aggression gegen Araber und Muslime, [...] indem sie Israel militärisch und politisch stärken und mit tödlichen Waffen versorgen“.¹³ Wegen ihrer langfristigen Wirkung sind jedoch zwei Besonderheiten in Khomeinis antiisraelischer Haltung hervorzuheben:

- Zum einen seine starke Affinität zum Palästina-Konflikt. Die arabische Niederlage gegen Israel im Sechstagekrieg von 1967 verdeutlichte nicht zuletzt das Versagen des arabischen Nationalismus. Khomeini konnte sich breiter Unterstützung sicher sein, wenn er behauptete, dass nur gemeinsames Handeln aller Muslime, nicht aller Araber, die Niederlage wettmachen könne. Nach den Gründen für diese starke Fokussierung Khomeinis ist vielfach geforscht worden. Möglicherweise hat er sich durch seinen langjährigen Aufenthalt im arabischen Umfeld intensiver mit dem palästinensisch-israelischen Konflikt auseinandergesetzt, als dies in Qom der Fall gewesen wäre.¹⁴ In jedem Fall blieb die Beschäftigung mit dem Palästina-Konflikt eine Konstante seines Wirkens, gerade auch als höchste Instanz der Islamischen Republik.
- Zum anderen die Verstärkung von Khomeinis staatsmännischer Attitüde nach dem Sieg der Revolution. Als herrschender Rechtsgelehrter

¹¹ Ebenda, S. 313.

¹² Übersetzt aus: *Sahifeh-ye Nur*, 16 Bände, Band 1: *Markaze Madarek-e Farhangi-ye Enqelab-e Eslami*, Teheran 1982, S. 120.

¹³ Ruhollah Khomeini, *Message to the Muslim Students in North America*, 10 July 1972, in: Hamid Algar (Hrsg.), *Islam and Revolution. Writings and Declarations of Imam Khomeini*, Berkeley 1981, S. 210.

¹⁴ Vgl. Wilfried Buchta (1997), *Die iranische Schia und die islamische Einheit, 1979-1996*, Hamburg, S. 61.

⁹ Rede vor Mitgliedern der islamischen Studentenvereinigung in Qom, 28.10.1979, in: Michael Opperskalski, *Iran gestern und heute*, Dortmund 1980, S. 118.

¹⁰ *The U.S. can't do a damn thing*, Ansprache Khomeinis an eine Studentengruppe der Universität von Isfahan, 5.11.1979, in: *Selected messages and speeches of Imam Khomeini*, Teheran 1981, S. 58.

verstand er es, offenen Antisemitismus zu vermeiden, um sich nicht als „Marja at-taqlid“ (Quelle der Nachahmung) zu disqualifizieren. Nicht zuletzt angesichts christlicher und jüdischer Minderheiten in der IRI unterstrich er deren anerkannte Stellung als Anhänger von Buchreligionen. Khomeini begann jedenfalls, anders als etwa in Najaf, in der Öffentlichkeit zwischen Antisemitismus und Antizionismus zu unterscheiden. Daraus entwickelte sich fast ein Axiom: Je mehr er sich offenem Antisemitismus versagte, desto vehementer wurde sein Antizionismus, sein Hass auf Israel. Letzteres macht den Kern des Legats an seine politischen Erben aus.

3. „Gewohnte“ Feindschaft

Angesichts des de facto verlorenen ersten Golfkrieges und der fast vollständigen internationalen Isolierung Irans stand 1989, nach dem Tod der Integrationsfigur Khomeini, das Überleben der Islamischen Republik per se auf dem Spiel. Sich auf den Revolutionsführer berufend, definierte die neue Führung deshalb flugs als Rason, die Interessen des Staates mit denen der Revolution gleichzusetzen. Um die Realisierung des Primärziels, überlebenswichtige Wirtschaftskontakte zum Westen – wenn auch nicht zu den USA – herzustellen, nicht zu gefährden, wurde auf aggressiven Antizionismus verzichtet. Präsident Rafsanjani und Außenminister Velayati übten sich vielmehr in bemerkenswertem Pragmatismus. Im Zuge des Oslo-Friedensprozesses verkündeten sie als offizielle Position, dass sich Iran der Wahl des palästinensischen Volkes und seiner Führer beugen werde. Wenn diese der Zwei-Staaten-Lösung und damit der Anerkennung Israels zustimmten, dann werde die IRI dieses Votum akzeptieren.¹⁵ Nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt gaben beide zwar ihre Zurückhaltung auf,¹⁶ vermittelten aber weiterhin den Eindruck, Feindschaft zu Israel sei eher Gewohnheit oder entsprechende Äußerungen dienten der Imagepflege.

¹⁵ Vgl. Kaveh L. Afrasiabi (2005), Iran, Israel: The good, the bad and the ugly, in: Asia Times, Hongkong, 29.10.

¹⁶ Das „Wall Street Journal“ wies z.B. in seiner Ausgabe vom 16.1.2006 darauf hin, dass Rafsanjani anlässlich des Jerusalemstages von 2001 am 14.12. verkündet habe: „Der Einsatz einer einzigen Atombombe würde von Israel nichts übrig lassen, während die islamische Nachbarschaft nur beschädigt würde [...] es ist nicht irrational, sich das als Eventualität vorzustellen.“

Ähnliches lässt sich von Rafsanjanis Amtsnachfolger Khatami sagen. Dessen Biographie, seine bis dahin geäußerten Ansichten und die Tatsache, dass er von der reformorientierten Mehrheit der Iraner 1997 ins Präsidentenamt gewählt worden war, weckte im Westen zunächst große Hoffnungen auf einen generellen Wandel in Irans Außenpolitik und ein weniger hassbeladenes Verhältnis zu den USA und Israel. Tatsächlich, während des OIC-Gipfels in Teheran im Dezember 1997 äußerte Khatami vor breiter Kulisse seinen Wunsch, eine neue Seite in den Beziehungen zu den USA aufzuschlagen. Im Januar 1998 sprach er sich in einem CNN-Interview für die Anerkennung der positiven wissenschaftlichen, technologischen und sozialen Errungenschaften der westlichen Zivilisation aus.¹⁷ Nach dem bekannten Muster hätte ein verbessertes Verhältnis zu den USA auch als „Türöffner“ für einen „entspannteren“ Umgang mit Israel fungieren können. Gerade Khatamis favorisiertes außenpolitisches Projekt vom „Dialog der Zivilisationen“ unter UNO-Schirmherrschaft erwies sich hier durchaus als vielversprechend. Die Hervorhebung der „Zivilisation“ und nicht der „Religion“ erlaubte einen Rückgriff auf die Jahrhunderte vorislamischer iranischer Geschichte, die beispielsweise die Befreiung der Juden aus der babylonischen Gefangenschaft durch Kyros den Großen (534 v. Ch.) einschloss. Iranische Medien begannen jetzt, zudem mit einigem Stolz, zu verkünden, dass die Ursprünge des israelischen Präsidenten Moshe Katsav in Iran lägen.¹⁸

Einmal mehr ließ der abrupte Abbruch des – zudem indirekten – Dialogs mit den USA auch die ersten Keime eines „normalen“ Verhältnisses zu Israel verdorren. In dem Maße, wie die Reformbemühungen Khatamis im Inneren versandeten, erlosch auch das Interesse Washingtons an seinem Projekt. Wenige Monate nach Amtsantritt George W. Bushs verlautete aus seiner Regierung, sie setze nicht mehr auf die Reformkräfte um Khatami. Der Geschmähte revanchierte sich – quasi die Klammer schließend – auf dem OIC-Gipfel in Malaysia im Oktober 2003, indem er die Teilnehmer zum gemeinsamen Widerstand gegen die USA aufforderte. Nur so sei „die amerikanische Verschwörung gegen die islamische Welt“ zu neutralisieren.¹⁹ Wie in kommunizierenden Röhren hoben die iranischen Medien nun auch die gescheiterten Hoffnungen des

¹⁷ Vgl. Time Magazine, New York, 22.12.1997, S. 19.

¹⁸ Vgl. Wall Street Journal, Washington D. C., 16.1.2006.

¹⁹ Vgl. Henner Fürtig (2004), Iran – USA: Eingefahrene Gleise oder neue Trassen?, in: Orient-Journal, Hamburg, 5, 1, S. 8.

Oslo-Prozesses hervor und feierten die palästinensischen Siege der zweiten Intifadha. Ähnlich wie sein Amtsvorgänger ließ jetzt auch Khatami verbale Rücksichten fallen. Am 24.10.2000 forderte er das Publikum im iranischen Staatsfernsehen auf: „Wir sollten die gesamte islamische Welt für eine scharfe Konfrontation mit dem zionistischen Regime mobilisieren.“²⁰

Khomeinis Nachfolger als herrschender Rechtsgelehrter, Ayatollah Khamenei, hatte sich nicht einmal temporär Zurückhaltung auferlegt. Um die (zu) großen Schuhe des Imam zu füllen, nahm Khamenei den Zusammenbruch des Ostblocks zum Anlass, um eine neue Bipolarität in der Weltpolitik zu apostrophieren, auf deren einem Pol er Iran unter seiner Führung als Kern eines wiederbelebten und politisierten Islam ausmachte, während der andere Pol – in Kontinuität zu Khomeini – dem Westen und insbesondere seiner US-amerikanischen Führungsmacht zugeschrieben wurde. Auf Israel bezogen war Khamenei ähnlich rigoros wie sein Vorgänger: „Es gibt nur eine Lösung, das Problem im Mittleren Osten zu lösen, nämlich die Zerschlagung und Vernichtung des zionistischen Staates“,²¹ beschied er auf der Kundgebung zum Jerusalemtag 1999. Knapp sieben Jahre später sprang er Mahmud Ahmadinejad bei, um jedem Eindruck vorzubeugen, dieser sei „vorgeprescht“ und in der Führung isoliert. Den Präsidenten fast wortgenau zitierend erklärte Khamenei am 7.2.2006 im iranischen Fernsehen: „Die Redefreiheit, über die im Westen soviel Aufhebens gemacht wird, erlaubt niemandem, den Mythos über das Massaker an den Juden, als Holocaust bekannt, in Frage zu stellen. Es gibt dort keine Redefreiheit.“²² Trotzdem, zwischen 1989 und 2005 war Antizionismus in Iran zum Ritual im Politalltag erstarrt, mit dem man Staatsstifter Khomeini seine Reverenz erwies, auf dem man aber keine weitreichende politische Strategie aufbaute.

4. Ahmadinejad übernimmt Khomeinis „Staffelstab“

Es war mehr als Symbolik, als Mahmud Ahmadinejad unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten das Grabmal Khomeinis aufsuchte und danach ver-

kündete: „Der Weg des Imams ist der absolute Weg der Islamischen Republik [...]. Er war nicht nur der Führer der Revolution, er bleibt ihre Richtschnur.“²³ Der neue Präsident erweckt damit den Anschein, als sei die iranische Revolution – quasi nach einer Spiralbewegung – auf etwas höherer Ebene wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Vorbei der Pragmatismus der beiden Amtszeiten Präsident Rafsanjanis, vergessen die Öffnung und der relative Pluralismus unter dem „Schöngeist“ Khatami, jetzt herrschen wieder, wie in den frühen 1980er Jahren, egalitärer Populismus im Inneren und missionarisches Sendungsbewusstsein in den Außenbeziehungen. Ahmadinejad geriert sich als „Held der Mostaz’afin“, Khomeinis Zielgruppe der Unterdrückten und Armen, kurz „ihrer Rechte Beraubter“, er vermeidet Pomp, führt ein einfaches Privatleben, mischt sich gern ohne Leibwächter unter die „einfachen Leute“ und verspricht, ihren Tisch mittels der sprudelnden Erdöleinnahmen reichlich zu decken. In den Beziehungen zum Ausland gebraucht zwar niemand aus Ahmadinejads Führungsriege Khomeinis Lieblingsbegriff „Export der Revolution“ (sudur-e enqelab), trotzdem verhält die Führung sich insgesamt so, als sei dieser ausgemachte Sache. Damit gewinnt der Hass des seit mehr als einem Dutzend Jahren verstorbenen Revolutionsführers auf den Westen und Israel plötzlich wieder politisches Gewicht, selbst unter Einhaltung der Rangfolge:

Hauptfeind, „Großer Satan“, sind weiterhin die USA, der Grad der Gegnerschaft zu weiteren Staaten richtet sich im Wesentlichen nach deren angenommener Nützlichkeit für die Durchsetzung global-strategischer Interessen Washingtons. Folgerichtig gehörte es seit 1979 stets zu den außenpolitischen Prioritäten Irans, ein Höchstmaß an Unterstützung gegen den Hauptfeind zu rekrutieren. Das gelang bekanntlich eher schlecht als recht, insgesamt waren die USA deutlich erfolgreicher in der internationalen Isolierung Irans.

Hier setzte Ahmadinejads „Rundumschlag“ gegen Israel und den Zionismus seit Oktober 2005 an. Die islamische Welt sollte an die „Verdienste“ Irans im Kampf gegen Israel erinnert und die Isolation Irans zumindest in diesem Teil der Welt peu à peu durchbrochen werden. Je mehr das Palästina-Problem aus seinem vornehmlich arabischen Kontext herausgelöst wird, desto stärker wachsen die politischen Chancen Irans. Außerdem wurde

²⁰ Wall Street Journal, Washington D. C., 16.1.2006.

²¹ Udo Wolter (2006), Einheit durch Feindschaft. Die Ideologie des iranischen Präsidenten Ahmadinejad und seiner Vorgänger, in: informationszentrum dritte welt – iz3w, 7/8, S. 9.

²² <http://www.memritv.org/Transcript.asp?P1=1031>.

²³ International Herald Tribune, Paris, 21.12.2005.

ein massiver Bruch mit der Politik Khatamis signalisiert. Politisches Hauptziel von Khatamis „Dialog der Zivilisationen“ war letztlich das Auseinanderdividieren des Westens, insbesondere der USA und der EU. Ahmadinejads Amtsvorgänger schaffte es auf diese Weise immerhin, Iran zu einem Problem zu machen, das die Europäer mit den US-Amerikanern austragen. Die Strategie Khatamis war allerdings kaum geeignet, größere Sympathien bei den Muslimen zu gewinnen. Ihnen musste Khatamis Lavieren als weiterer Beweis nationalistischer iranischer „Realpolitik“ erscheinen, wobei der Gegenstand des „Begehrens“, Europa, letztlich nicht besser war als die USA, nur schwächer. Ahmadinejad stellte resümierend fest, dass das Umwerben der EU diese nicht zum Gegengewicht zu den USA gemacht hatte, dass im Gegenzug aber das Interesse der Muslime an Iran schwächer geworden war. Seine antizionistischen und antisemitischen Äußerungen machten nun eine Fortsetzung der Politik Khatamis gegenüber Europa unmöglich; Ahmadinejad verbrannte – wie Hernando Cortez in Mexiko – seine Schiffe.²⁴

Mittels seines aggressiven Antizionismus und seiner wohl kalkulierten Holocaust-Leugnung unterband Irans neuer Präsident prophylaktisch alle – wie ernst auch immer gemeinten – Versuche von Teilen der iranischen Führung, insbesondere aus wirtschaftlichen Gründen auf die USA zuzugehen. In der von ihm ausgemachten Entscheidungssituation – entweder gute Beziehungen mit dem Westen oder mit der islamischen Welt – hat er sich, eindeutiger als alle seine Vorgänger, für die islamische Welt entschieden. Den Kern der Sache trifft hierbei selbst „islamische Welt“ nicht. Ahmadinejad stellt sich auch gegen prowestliche Regime in der islamischen Welt wie Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien usw. und buhlt mit gleicher Intensität um die Zustimmung der Mostaz’afin. Damit bekam der wirkliche Hintergrund von Ahmadinejads antizionistischen und antisemitischen Tiraden Konturen. Sie dienen primär als Instrumente für die Verwirklichung des außenpolitischen Hauptziels Irans: Führerschaft der und Meinungshegemonie über die politisch aktiven Muslime der Welt. Der Präsident beschrieb die Islamische Republik Iran als mächtige Hüterin des Islams, der Gerechtigkeit und der Unterdrückten: „Wir werden immer gegen Tyrannei und Aggression sein und uns den aggressiven Mächten in den

Weg stellen.“²⁵ Selbst seine zunächst an US-Präsident Bush²⁶ und später auch an andere westliche Staatsoberhäupter und Regierungschefs verschickten Briefe stehen in dieser Hinsicht in einer „revolutionären Tradition“. Sie sollen nicht zufällig an das Schreiben erinnern, das Ayatollah Khomeini im Januar 1989 an den Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, gerichtet hatte. Darin hatte er ihm den baldigen Zusammenbruch der Sowjetunion vorausgesagt und die Prognose mit dem Hinweis versehen, die einzige Rettung liege in einer umgehenden Hinwendung zum Islam. Im Westen eher belächelt, sollte der Brief bei den Muslimen, zusammen mit der *fatwa* gegen Salman Rushdie, eher die unverminderte Wortführerschaft des iranischen Revolutionsführers angesichts der faktischen Niederlage im ersten Golfkrieg unterstreichen.

Irans Nuklearstrategie kann in diesem Zusammenhang als weitere Komponente des Planes angesehen werden, die Führungsposition in der islamischen Welt einzunehmen. Dabei stellt die Kritik an den „Doppelstandards“ des Westens im Allgemeinen und der USA im Besonderen, Iran ein friedliches Nuklearprogramm zu verweigern, während der faktische Atomwaffenbesitz Israels stillschweigend geduldet wird, die unterste Stufe der Nutzung dar. Ahmadinejad und Iran streben vielmehr an, die durch den Sturz Saddam Husseins und den Krieg in Irak vakant gewordene Position des nahöstlichen Widerstandszentrums gegen „amerikanische und zionistische Willkür“ einzunehmen. Gestützt auf die guten Beziehungen zur Hizbullah, die exzellenten Kontakte zum palästinensischen Widerstand, die Verwurzelung in den schiitischen Bevölkerungsgruppen der Region, die enormen Einnahmen aus dem Erdölexport und nicht zuletzt durch die Fähigkeit, massiven Einfluss auf das Geschehen in Irak zu nehmen, könnte es Iran mittelfristig gelingen, unter seiner Ägide einen „Widerstandsbogen“, beginnend in Teheran und dann durch Bagdad, Damaskus, Beirut, Ramallah und Gaza verlaufend,²⁷ zu errichten, der westliche Politikziele substantiell zu konterkarieren vermag. Hätte die iranische Führung hierbei Erfolg, wäre ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zum ultimativen Ziel, zur islamischen Führungsrolle, erreicht.

²⁵ Tehran Times, Teheran, 13.7.2006.

²⁶ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,415362,00.html>.

²⁷ Vgl. Khaled Hroub (2006), Ein Sieger, mit dem keiner rechnet, in: Internationale Politik, Berlin, 61, 6, S. 32.

²⁴ Vgl. George Friedman (2006), Iran's Redefined Strategy, in: Stratfor Geopolitical Intelligence Report, Washington D. C., 18.1., S. 4.

5. Fazit

Die Gegnerschaft zwischen Israel und Iran gehört nicht zu den traditionellen Konflikten des Nahen und Mittleren Ostens. Sunnitisch-schiitische und arabisch-persische Widersprüche besitzen ungleich tiefere Wurzeln und längerfristige Wirkung. So nimmt es nicht wunder, dass die Jahrzehnte außerordentlich enger israelisch-iranischer Kooperation bis 1979 nicht nur auf gemeinsame Positionen in der Ost-West-Auseinandersetzung zurückzuführen waren, sondern auch auf das beiderseitige Interesse an der Eindämmung des arabischen Nationalismus. Die daraus resultierenden Bindungen waren so stark, dass sie im ersten Golfkrieg, also nach der iranischen Revolution, noch zu erheblichen – wenn auch indirekten – israelischen Waffenexporten nach Iran (Irangate) führten.²⁸ Das war zum Zeitpunkt der Abwicklung aber schon die Ausnahme. Die durch sie bestätigte Regel hatte Revolutionsführer Khomeini da längst formuliert: Israel und der Zionismus gehörten als „Handlanger des Großen Satans“ zu den Todfeinden der Islamischen Republik Iran. Damit für sakrosankt erklärt, konnte sich keiner seiner Erben und Nachfolger offen gegen die Regel stellen. Trotzdem, die klare Rangfolge der Feinde und der nichtantagonistische Charakter der nationalen Widersprüche zwischen Israel und Iran gestatten zumindest zwei Überlegungen:

- Der vorherrschende Charakter der iranischen Gegnerschaft zu den USA lässt eine Verbesserung der Beziehungen zu Israel nur in dem Maße erwarten, wie sich das iranisch-US-amerikanische Verhältnis bessert. Reziprok gilt dies allerdings nicht. Angesichts der für Israel essenziellen Bedeutung der Beziehungen zu den USA kann ausgeschlossen werden, dass sich der Judenstaat als „Eisbrecher“ zugunsten Irans instrumentalisieren lässt.
- Da der „Abstand“ der jeweiligen nachrevolutionären Führungen Irans zu den Lehren Khomeinis nicht immer gleich war, bedeutete die Vermeidung offener Kritik oder öffentlichen Widerrufs keinesfalls Unbeweglichkeit. So interpretierte Präsidentenberater Ali Reza Tabar in den 1990er Jahren Ayatollah Khomeini gänzlich neu. Seiner Meinung nach habe der Revolutionsführer festgelegt, dass die Palästinafrage zunächst für die Palästinenser selbst, dann für die Araber

und erst danach für die Iraner von Wichtigkeit sei. „Wir müssen also nicht palästinensischer als die Palästinenser selbst sein“;²⁹ schlussfolgerte Tabar.

Es mag der Tag kommen, an dem Washington das in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Versäumte bedauert. Außenpolitisch war Iran damals ungleich schwächer und kein iranischer Präsident versuchte, den „Abstand“ zu den Lehren und Positionen seines Idols Khomeini nicht nur zu verkürzen, sondern aufzuheben. Natürlich kann nicht abschließend geklärt werden, ob die Reformer der 1990er Jahre in der Lage gewesen wären, den konstitutiven Antizionismus der Islamischen Republik Iran zu überwinden. Heute stellt sich die Frage jedenfalls ungleich weniger akademisch.

Literatur

- International Crisis Group (2005), Iran: What does Ahmadi-Nejad's Victory Mean? (Middle East Briefing, No. 18), Brussels, 4.8.
- Katz, Mark N. (2005), Iran and America: Is Rapprochement finally possible?, in: Middle East Policy, Washington D. C., 12, 4, S. 58-65.
- Kogan, Eugene (2006), Israeli Perceptions of the Iranian Issue, London: Defence Academy of the United Kingdom, August.
- Parsi, Trita (2005), The Iran-Israel cold war, 28 October, in: <http://www.opendemocracy.net>.
- Roy, Olivier (2006), Fait-il avoir peur d'Ahmadinejad?, in: Politique Internationale, Paris, 111, S. 199-208.
- Timmerman, Kenneth R. (2006), Countdown to Crisis: The coming nuclear showdown with Iran, New York: Three Rivers Press.

²⁸ Vgl. Henner Fürtig (2006), Der Irakisch-Iranische Krieg 1980-1988, in: Greiner, B./Müller, C. T./Walter, D. (Hrsg.), Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg, S. 393-397.

²⁹ International Crisis Group (2005), Iran: What does Ahmadi-Nejad's Victory Mean? (Middle East Briefing, No. 18), Brussels, 4.8., S. 13.

■ Der Autor

PD Dr. Henner Fürtig ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Deutsches Orient-Institut in Hamburg. Spezialgebiet: neueste Geschichte und Politik des Vorderen Orients, insbesondere der Golfregion; dazu zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland.

E-Mail: fuertig@giga-hamburg.de, Webseite: <http://staff.giga-hamburg.de/fuertig>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Zurzeit wird am GIGA im Rahmen des Forschungsschwerpunkts 2 „Gewaltdynamiken und Sicherheitskooperation“ in der Arbeitsgruppe 5 „Reaktionen von ‚Pariastaaten‘ auf externen Druck“ zu spezifischen Gesichtspunkten der iranischen Innen- und Außenpolitik geforscht.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

- Fürtig, Henner (2006a), *Iran's Rivalry with Saudi Arabia between the Gulf Wars*, Reading: Ithaca Press.
- (2006b): Der Irakisch-Iranische Krieg 1980-1988, in: Greiner, B./Müller, C. T./Walter, D. (Hrsg.), *Heiße Kriege im Kalten Krieg* (Studien zum Kalten Krieg, Bd. 1), Hamburg: Edition HIS (Hamburger Institut für Sozialforschung), S. 376-407.
 - (2004): Iran, in: Gumpfenberg, M.-C. von/Steinbach, U. (Hrsg.), *Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Ein Lexikon*, München: C. H. Beck, S. 113-119.
 - (2003): Die Bedeutung der iranischen Revolution von 1979 als Ausgangspunkt einer antijüdisch orientierten Islamisierung, in: Benz, W. (Hrsg.), *Jahrbuch für Antisemitismusforschung*, 12, Berlin: Metropol, S. 73-98.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus Nahost* wird vom Deutsches Orient-Institut redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Hanspeter Mattes; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Deutsches Orient-Institut

IMPRESSUM